

PRESSEMITTEILUNG #174 – 04. Juni 2020

Birte Pauls:

### **Nach zwei Jahren hat es sogar Jamaika endlich verstanden**

Anlässlich des heutigen (04.06.2020) Beschlusses im Sozialausschuss beschlossenen Antrags zur Umsetzung einer für Bürger verständlicheren Behördensprache erklärt die stv. Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

„Spät aber doch: Nach zwei Jahren kommt endlich auch diese Landesregierung zum richtigen Schluss, dass die Bürger mit Behördenschreiben oft schlichtweg überfordert sind. Deshalb begrüßen wir, dass die Jamaika-Koalition unserer Initiative für eine verständliche und bürgerfreundliche Sprache in der Verwaltung gefolgt ist. Es zeigt: Unsere Oppositionsarbeit wirkt!

Unverständliche und mit Fachwörtern gespickte Schreiben rufen häufig Angst, Scham, Verunsicherung und auch Frust bei den Adressaten hervor. Viele Bürger haben einfach nicht das entsprechende juristische Fachwissen – und das müssen sie auch gar nicht! Es ist nämlich die Aufgabe des Staates und seiner Behörden, sie über Gesetzesgrundlagen in verständlicher Art und Weise zu informieren. Aktuell ist die Realität leider vielfach eine andere. „Amtsdeutsch“ ist vielen ein Graus. Unsere Amtssprache darf von Menschen aber nicht als Machtinstrument empfunden werden, sondern muss vor allem ihrem Informationszweck gerecht werden. Eine gute Verwaltung zeichnet sich nicht zuletzt dadurch aus, dass sie besser verstanden wird. Wenn Bürgerinnen und Bürger ihren Staat nicht mehr verstehen, kann das zu Entfremdungserscheinungen führen. Das gefährdet den demokratischen Zusammenhalt und das können wir nicht wollen! Vor diesem Hintergrund kommt es jetzt auf vor allem auf eine praxistaugliche Umsetzung des Beschlusses an. Wir werden daher ganz genau beobachten, was die Landesregierung daraus macht! Die Anwendung einer für die Menschen verständlichen Sprache und rechtssicher formulierte Schreiben schließen einander keineswegs aus!“